

Fragen und Antworten:

## Sozialstaat

1. Halten Sie die finanzielle Ausstattung der Kommunen, die immer mehr soziale Aufgaben mit steigenden Kosten (z.B. in der Eingliederungshilfe) übernehmen müssen, für ausreichend oder müssten diese aus dem Gesamtsteueraufkommen (z.B. Anteil Einkommensteuer /Umsatzsteuer) nicht mehr erhalten?

Die finanzielle Ausstattung reicht nicht, um die Pflicht- und Weisungsaufgaben der Kommunen zu decken, geschweige denn freiwillige Aufgaben. Die Linke fordert, dass der Bund verfestigte Kassenkredite der Kommunen in einem Altschuldenfonds übernimmt. Der Bund muss dem Konnexitätsprinzip endlich Folge leisten. Das bedeutet, dass dieser die Sozialleistungen in vollem Umfang tragen soll. Außerdem soll die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer reformiert werden, in die auch gutverdienende Selbstständige und Freiberufler:innen einbezogen werden. Der kommunale Einnahmeanteil am Gesamtsteuereinkommen soll insgesamt angehoben werden.

2. Sind die sozialen Fürsorgeleistungen und die sozialen Versicherungsleistungen (Rente/Krankenversicherung) Ihrer Ansicht nach zukunftssicher finanziert und wo bräuchte es Veränderungen?

Als Linke wollen wir die sozialen Versicherungsleistungen auf ein breiteres finanzielles Fundament stellen. Die Eigenanteile von Pflegebedürftigen steigen; die Situation der Krankenkassen verschärft sich immer weiter, genauso wie es die 2-Klassen-Medizin tut - letzteres ist Produkt der Koexistenz von gesetzlicher und privater Versicherung. Deshalb wollen wir die private Krankenversicherung auf medizinisch nicht notwendige Zusatzversicherungen beschränken. Alle, also auch Spitzenverdienende, Beamte:innen und Selbstständige, sollen in eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung einzahlen, die Beitragsbemessungsgrenze wird angehoben. Diese Maßnahmen würden gleichzeitig erlauben, dass die Krankenkassenbeiträge wieder sinken.

Damit alle von ihrer Rente leben und früherer in Rente gehen können, wollen wir die Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umbauen. Auch hier sollen alle einbezahlen - egal ob selbstständig, angestellt oder verbeamtet. Als Sofortmaßnahme wollen wir das gesetzliche Rentenniveau auf 53% erhöhen. Auch hier wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze anheben, Rentenansprüche über dem doppelten des Durchschnittsniveaus werden abgeflacht.

Das ALG1 soll länger gezahlt werden und Beschäftigte sollen schneller darauf Anspruch haben. Wir wollen das ALG Plus einführen, welches Einkommensgefälle nach dem Bezug von ALG1 auffangen soll.

3. Der Sozialstaat ist sehr komplex und es gibt für verschiedene Lebenslagen sehr unterschiedliche Leistungsträger und insgesamt sehr aufwendige Antragsverfahren. Ein großer Anteil sozialer Beratung ist heute nur noch die Hilfe bei der Durchsetzung von Ansprüchen.

Was könnte und sollte man da verbessern? Kann man Leistungen zusammenfassen? Wenn Sie einen politischen Zauberstab hätten und das System ganz neu ordnen könnten, was wäre ihre grundlegenden Ideen?

Mit einem Zauberstab würde ich den Mut bei den anderen Parteien herbeizaubern, große Einkommen und Vermögen endlich gerecht zu besteuern. Damit könnten wichtige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales getätigt und die soziale Sicherheit für die Menschen erhöht werden.

Sicher gibt es gute Beispiele, wo Leistungen zusammengefasst werden könnten. Als Linke fordern wir beispielsweise eine Kindergrundsicherung. Unser Konzept sieht hierbei vier Säulen vor: ein erhöhtes Kindergeld von 328 Euro, einen altersabhängigen Zuschlag für Kinder aus armen Familien, einen Zuschlag zu den Unterkunftskosten sowie bedarfsgerechte Zuschläge für einmalige und besondere Bedarfe.

### **Bürgergeld**

4. Was ist bei der derzeitigen Gestaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Bürgergeld) ihrer Ansicht nach änderungsbedürftig?

Das Bürgergeld ist Hartz IV unter einem neuen Namen, doch sozialer ist es nicht geworden. Wir kritisieren besonders, dass Menschen Sanktionen ausgesetzt sind, weil sie willkürlichen Zuweisungen von Erwerbstätigkeit nicht immer zustimmen können. Von einem Bürgergeld, dessen Regelsätze bereits ohne Sanktionen kaum ein Existenzminimum darstellen, weiter Geld abzuziehen, lehnen wir als Linke ab. Sanktionen erschweren die Aufnahme nachhaltiger Arbeit und verschlechtern die Position von Erwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt. Besonders Kinder treffen Sanktionen besonders hart.

Auch das Konzept der Bedarfsgemeinschaften ist nicht zeitgemäß. Es muss durch individuelle Ansprüche ersetzt werden. Ferner müssen die Kosten der Unterkunft und Heizung dem realen Wohnungsangebot vor Ort angepasst werden.

5. Halten Sie die Höhe des Regelsatzes des Bürgergelds für richtig, zu niedrig, zu hoch?

Die Höhe des Regelsatzes ist zu niedrig und bedeutet Armut per Gesetz. Damit sind ein Leben in Würde und sozio-kulturelle Teilhabe nicht möglich. Wir fordern deshalb statt dem Bürgergeld eine individuelle, bedarfsgerechte Mindestsicherung in Höhe von mindestens 1400€ monatlich. Erst ab diesem Betrag können Menschen nachhaltig vor Armut geschützt werden. Auch hier müssen Inflationausgleich berücksichtigt werden.

6. Es gibt ja bereits die Möglichkeit, dass die JC zur Arbeitsmarktintegration verpflichtende Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten oder Teilhabe (16 e und i SGB II) nutzen. Halten Sie eine weitergehende Arbeitspflicht- und wenn ja in welcher Form- für arbeitsfähige BürgergeldempfängerInnen für richtig?

Druck und Zwang schaffen keine Zugänge zu guter Arbeit. Außerdem verstößt eine Arbeitspflicht gegen grundlegende Gesetze und Arbeitnehmerrechte. Interessanterweise würde die Einführung einer solchen Arbeitspflicht doppelt so viel kosten, wie Weiterbildung und Maßnahmen im Bürgergeld es aktuell tun.

Durch den Einsatz von Arbeitspflichtigen würden Normalarbeitsverhältnisse verdrängt und entwertet, die wir stärken wollen. Es kann doch nicht sein, dass armutsbetroffene Menschen

zu Arbeit verpflichtet werden sollen, dabei aber nicht die Schutzregelungen für Arbeitnehmer:innen und eine angemessene Bezahlung erhalten.

7. Von den Kosten des Bürgergelds wird über die Hälfte für Verwaltung ausgegeben und die JC widmen jedes Jahr mehr Mittel aus dem Geld für Eingliederung für ihre Verwaltung auf. Gleichzeitig erleben wir, dass die persönliche Betreuung und vor allem die Zugänglichkeit für Hilfesuchende abnehmen. Müsste man das ändern und wenn ja, wie?

Ja, hier braucht es ausreichend verfügbares und zugängliches Personal, um Hilfesuchende auch ausreichend unterstützen zu können.

8. Trotz anderer Berechnungen von Experten wird vielfach behauptet, dass Lohnabstandgebot zwischen niedrigen Löhnen und der Grundsicherung stimme nicht mehr. Halten Sie in diesem Zusammenhang einen höheren Mindestlohn für eine Option oder sehen Sie andere Ansätze?

Ich halte es für grundlegend falsch, die Kritik, Arbeit lohne sich nicht mehr, an den vermeintlich zu hohen Sozialleistungen anzusetzen. Vielmehr sind die Löhne zu niedrig. Der Sozialstaat muss allen Menschen in Deutschland eine existenzsichernde Grundsicherung zukommen lassen. Gleichzeitig müssen wir den Niedriglohnsektor bekämpfen, Normalarbeitsverhältnisse und Tarifverträge stärken und den gesetzlichen Mindestlohn auf 15€ erhöhen. Denn so hoch müsste dieser laut EU-Richtlinie in Deutschland längst sein, 2026 müsste er 16 Euro beantragen. Diese Richtlinie besagt außerdem, dass wenn die Tarifbindung in einem EU-Land unter 80% liegt, ein nationaler Aktionsplan dagegen aufzustellen sei. In Deutschland liegt die Tarifbindung bei gerade mal rund 50%. Hier besteht dringender Handlungsbedarf

### **Wohnen**

9. In vielen Ballungszentren und besonders auch in Heidelberg sind die Kosten für die Wohnungen eines der größten Armutsrisiken. Wenn bei sozialem Wohnungsbau am Ende auch Mieten von 12 € stehen, ist das keine wirkliche Lösung.

Welches sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Ansätze auf Bundesebene?

Kann eine Änderung von Bauvorschriften helfen, die vorhandene oder eine andere Mietpreisbremse, oder?

Wir fordern einen bundesweiten Mietendeckel. Unser Ziel: Die Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und rückgängig machen. In angespannten Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten abgesenkt werden. Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen bundesweit für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir verbieten und die Vermietung möblierter Wohnungen streng regulieren. Wir wollen die Modernisierungumlage abschaffen. Sanierungen und Heizungstausch müssen warmmietenneutral sein. Wir wollen 20 Milliarden Euro im Jahr in gemeinnützigem Wohnraum investieren und die neue Wohngemeinnützigkeit zum Instrument machen, um mittelfristig einen Anteil von 30 Prozent gemeinnütziger Wohnungen zu erreichen, denn so wird Wohnen wieder bezahlbar.

10. Bezahlbarer barrierefreier Wohnraum wird in einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger.

Wie kann man in einer Stadt mit vielen „Bestandsgebäuden“ und wenig Neubauf Flächen dennoch sicherstellen, dass alle Menschen die es wollen selbstbestimmt in ihrem eigenen zu Hause leben und altern können ?

Wir wollen den Kündigungsschutz ausweiten und fordern Dauermietverträge für alle. Eigenbedarfskündigungen müssen auf Verwandte ersten Grades beschränkt werden. Mietwohnungen müssen durch ein generelles Umwandlungsverbot geschützt werden. Viele wohnen in zu kleinen oder zu großen Wohnungen, aber können nicht umziehen, weil neue Mietverträge viel teurer sind und es auch zu wenig barrierefreien Wohnraum gibt. Wir fordern ein Recht auf Wohnungstausch: Vermieter:innen dürfen einen Wohnungstausch ohne Mieterhöhungen nur mit triftigen Gründen ablehnen.

### **Sozialleistungen für Geflüchtete**

11. Die Sätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind deutlich niedriger als die Regelsätze in der Sozialhilfe. Halten Sie das für richtig.

Nein. Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum muss für alle Menschen gelten, die sich in Deutschland aufhalten, dazu gehören existenzsichernde Sozialleistungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) macht hier diskriminierende Unterschiede auf und gehört deshalb abgeschafft. Asylbewerber:innen und hier lebende EU-Bürger:innen sollen in die individuelle Mindestsicherung, mit der wir das Bürgergeld ersetzen möchten, einbezogen werden. Bis dahin müssen Geflüchtete in das Bürgergeld einbezogen werden.

12. Die bundesweit eingeführte Bezahlkarte schränkt schutzsuchende Menschen weiter ein und senkt den Zahlungsaufwand kaum.

Halten Sie das Konzept für richtig und wenn ja warum?

Das Konzept der Bezahlkarte ist ein weiterer Ausdruck besagter Ungleichbehandlung von geflüchteten Personen. Es wird argumentiert, man wolle durch die Einführung verhindern, dass Schlepper bezahlt werden oder Geld in Heimatländer gesendet wird. Tatsächlich aber schränkt die Bezahlkarte in erster Linie das Recht auf Bargeld für geflüchtete Menschen ein. Auch der Ausschluss von Onlinezahlungen und Überweisungen ist nicht haltbar - wie sollen Geflüchtete nun z.B. einen Anwalt oder Handyvertrag bezahlen? Die Bezahlkarte sorgt für Kontrolle und die Einschränkung der Selbstbestimmung. Das tragen wir nicht mit.

### **Migration/Bildung**

13. Die Gelder für Integrationskurse wurden im Haushaltsplan 2025 stark gekürzt. So kann z.B. der für die Integration in den Arbeitsmarkt wichtige B2-Kurs in der Mannheimer Abendakademie statt 12 mal nur 1 mal angeboten werden.

In den Zeiten von Fach- und Arbeitskräftemangel schwächt man so die Arbeitsmarkt-integrationsmöglichkeiten von Migrant:innen. Halten Sie das für sinnvoll?

Als Linke stehen wir für eine inklusive Gesellschaft, die allen Menschen dieselbe Teilhabe zu gesellschaftlichen Gütern gewährleistet. Durch das Streichen von Geldern für Sprach- und Integrationskurse erreicht man das auf keinen Fall. Ganz im Gegenteil. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Migrant:innen weiter verschlechtert. Sie arbeiten überproportional oft

im Niedriglohnsektor und sind besonders von atypischer Beschäftigung betroffen. Wir wollen Integrationskurse daher qualitativ verbessern und an aktuelle Herausforderungen anpassen. Der Zugang zu Sprachkursen muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Person gewährleistet werden. Außerdem fordern wir eine faire Bezahlung der Lehrkräfte.